

Potsdam, 23. November 2023

## **Bericht des Verbandsrates – MV 2023**

Zum Bericht der Verbandsratsvorsitzenden gehört es sowohl Rechenschaft über die Arbeit des Aufsichtsorgans abzulegen als auch einen Blick auf die sozial- und verbandspolitischen Themen des zurückliegenden Jahres zu werfen...

### **Zunächst der Rechenschaftsbericht:**

Seit der letzten Mitgliederversammlung, also von November 2022 bis heute, fanden sechs Sitzungen des Verbandsrates statt. Im Vorfeld der ersten Sitzung im Januar waren die von Ihnen neu hinzugewählten Mitglieder durch den Vorstand eingeladen, sich in einer Halbtagesklausur ein umfassendes Bild von den Strukturen, Arbeitsweisen und der Finanzierung des Verbands und seiner Tochtergesellschaften zu machen.

Im Mittelpunkt der Sitzungen des Verbandsrates standen insbesondere

- die wirtschaftliche Entwicklung des Verbands, also Haushalts- und Stellenpläne sowie der Jahresabschluss.
- eine zukünftige, tarifliche Bindung.
- sowie die Zukunftsfähigkeit des Verbands diskutiert.

Bei der Frage der Zukunftsfähigkeit beschäftigten uns maßgeblich die wirtschaftliche Ausrichtung, die Frage der Werbung von neuen Mitgliedern und vor allem aber die Sicherstellung der Zufriedenheit unserer Mitglieder. Und wie die Leistungen für Sie, sehr geehrte Damen und Herren, gesichert und sogar noch verbessert werden könnten.

In der gestrigen Sitzung hat der Verbandsrat ebenfalls beschlossen, einen zweiten fachlichen Vorstandposition zu besetzen. Damit arbeiten wir dann wieder satzungskonform und können gleichzeitig die dringend erforderliche Entlastung für Herrn Kaczynski erreichen.

Selbstverständlich spielten die aktuellen sozialpolitischen Themen sowie die Anfragen der Mitglieder eine wichtige Rolle. Wie kann sichergestellt werden, dass bei den wachsenden Herausforderungen, auch für den Landesverband, die Bedarfe, Anfragen und Erwartungen der Mitglieder mit der erwarteten Qualität befriedigt bzw. sichergestellt werden können? Auch dem Landesverband sind klare finanzielle Grenzen gesetzt, wie ein Blick in den Jahresabschluss verrät. Die wirtschaftlichen Risiken sind auch für den Paritätischen nicht kleiner geworden. Ihre Mitgliedsbeiträge sind der mit Abstand wichtigste Beitrag für einen starken Spitzenverband. Deshalb freue ich mich besonders Ihnen mitteilen zu können. Dass wir im Jahr 2023 insgesamt 15 Neuaufnahmen von Mitgliedern verzeichnen konnten.

## **Gesellschaftliche Themen**

Doch nun zu einigen gesellschafts- und sozialpolitischen Themen, die uns stark beschäftigt haben und teils immer noch beschäftigen:

Zunächst einige Worte zur Pandemie: Die uns alle schwer belasteten Jahre der Corona Pandemie scheinen vorbei zu sein. Die Nachwirkungen spüren wir trotzdem alle noch, von „long covid“- Erkrankungen und deren Folgen ganz zu schweigen. Und die neuerliche Erkrankungswelle zwingt uns erneut, Hygieneregeln einzuhalten, um das Infektionsrisiko gering zu halten. Das Risiko, schwer zu erkranken, ist deutlich geringer geworden. Was nicht heißt, dass wir auch weiterhin auf Menschen Rücksicht nehmen müssen, die auf Grund ihrer körperlichen Konstitution weiter gefährdet sind.

Aber in jeder Krise liegt auch eine Chance: Die große Welle der Solidarität, Toleranz und Hilfsbereitschaft- man erinnere sich nur an die Lebensmittelversorgung in Zeiten des Lockdowns – die Wahrnehmung des Anderen, das sich kümmern, das Besinnen auf humanitäre Werte, sind wertvolle Erfahrungen – die wir alle in die Zukunft mitnehmen müssen. Sie zeichnen eine Gesellschaft des Miteinanders aus.

Die Pandemie war noch nicht ganz vorbei, da überschattete der Angriffskrieg auf die Ukraine Alles. Plötzlich wurden wir aus unserer jahrelangen Komfortzone des scheinbar unendlichen Friedens herausgerissen und mussten erleben, dass unser Land sich zu einer Rüstungspolitik bekennen musste.

Dieser Krieg brachte enorme Herausforderungen. Tausende von Kriegsflüchtlingen, die vor dem Krieg und seinen Folgen geflüchtet waren, mussten, aufgenommen und untergebracht werden.

Ganz praktisch erlebten wir unglaubliche Szenen mit überfüllten Zügen, die etwa in Frankfurt (Oder) oder Cottbus, besonders natürlich in Berlin ankamen. Auch hier schlug den Menschen eine Welle der Hilfsbereitschaft entgegen. Tausende kamen und kommen bis heute in Privatunterkünften unter. Auch viele paritätische Mitglieder haben die Ärmel hochgekrempelt und konkrete Hilfe etwa am Bahnsteig, bei der Suche nach einer Unterkunft oder bei der Versorgung mit dem Nötigsten geleistet.

Es waren und sind vor allem Frauen mit ihren Kindern, die hier Schutz vor dem landesweiten Bombenhagel suchen, während ihre Männer an der Front kämpfen. Es ist eine Sache, einer Armee Waffen zu liefern, aber eine ganz andere, jeden Tag um die eigenen Angehörigen zu bangen, die unter teils unsäglichen Lebensbedingungen ihr Leben an der Front riskieren. Den ukrainischen Familien steht die Bedrohung und der Verlust ihres „zu Hauses“ täglich vor Augen. Trotz des Krieges und seiner Verwüstungen und Zerstörungen sind Viele wieder ins Land zurückgekehrt, weil sie es fern der Heimat nicht aushalten.

Diese Realitäten sollten wir uns immer wieder vor Augen halten, wenn wir aktuell hoch emotional über den Umgang von Menschen auf der Flucht diskutieren, über ihre Beweggründe urteilen und unseren eigenen Einsatz limitieren wollen. Es gilt nicht nur für Ukrainerinnen und Ukrainer: Sich aus der Heimat auf den Weg in ein fremdes Land zu machen erfordert enormen Mut und ist fast immer der Ausdruck einer verzweifelten Lebenslage. Ob Menschen vor Verfolgung und Krieg fliehen oder in ihrem Land keine Perspektive mehr sehen, weil bspw. die öffentliche Ordnung zusammengebrochen ist oder

etwa die Auswirkungen des Klimawandels die Lebensgrundlagen zerstören: Wir können und dürfen nicht wegsehen, wenn tausende Menschen im Mittelmeer ertrinken. Wir dürfen die Humanität und Menschlichkeit niemals in Frage stellen.

Und wir dürfen auch nicht in gute (Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine) und schlechte Migranten unterscheiden, wie es jetzt teilweise immer lauter gefordert wird. Media und damit meinungsbildend bedient wird immer mehr, die finanzielle Belastung, die Frage der Suche nach geeigneten Unterkunftsstandorten usw. Von politischer Seite wird immer mehr gefordert, die Zuwanderung zu begrenzen, die Pull Faktoren zu minimieren. Anstatt endlich das Geld für eine umfassende Integrationsarbeit anzufassen, sollen Leistungen gekürzt werden. So ganz nebenbei soll die Bezahlkarte es richten.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir alle, die wir in der Flüchtlingsarbeit tätig sind bzw. waren, haben da unserer einschlägigen Erfahrungen. Das Gutscheinsystem der 80'er Jahre ist uns noch gut in Erinnerung.

Wir stehen in der Verantwortung, menschenwürdige Wege der Zuwanderung zu schaffen und schutzbedürftigen Menschen die Flucht nach Europa zu garantieren.

ZU Recht wird von der Wirtschaft der Fachkräftemangel beklagt. Nutzen wir doch die Chance, unsere Zugewanderten frühzeitig die Ausbildung und Arbeitsaufnahme zu ermöglichen. Anstatt beschäftigungslos in den Unterkünften zu verharren wäre birgt eine umgehende Arbeitsaufnahme für jeden einzelnen Menschen eine Chance, für die Wirtschaft, neue Arbeitskräfte zu generieren und so ganz nebenbei würde sich auch das Bild in der Bevölkerung ändern. Das Bild „die kommen nur her, um unser Sozialsystem auszunutzen und tun nichts“ wäre -auch für bestimmte politische Richtungen nicht mehr nutzbar. Ganz zu schweigen von der finanziellen Entlastung der Sozialsysteme.

Deutschland muss sich endlich dazu bekennen ein Zuwanderungsland zu sein.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

ich kann mich nicht erinnern, in meinem Leben eine Zeit dieser parallel existierenden Krisen und Herausforderungen erlebt zu haben. Aber: Herausforderungen sind dazu da, dass man sich Ihnen stellt. Und immer nach dem Wahlspruch meiner Familie: Wo ein Wille ist, ist auch ein Weg“ nutzen wir unsere Expertise und Professionalität, um diese Zeit gemeinsam zu bewältigen.

Ganz in diesem Sinn möchte ich Ihnen jetzt über die **fachpolitischen Themen**, die der Landesverband im abgelaufenen Berichtsjahr maßgeblich begleitet, hat berichten.

Zunächst das Thema **Kitarechtsreform**: Die seit Jahren angestrebte Kitarechtsreform – sie kommt nicht. Nicht in dieser Legislaturperiode und vielleicht auch nicht in der nächsten. So zumindest klingt es, wenn man mit Sozial- und Bildungspolitikern spricht, die gleichermaßen frustriert über die Entwicklung sind. Das kann man nur noch als Skandal bezeichnen! Brandenburg hat das republikweit älteste Kitagesetz. Alle wissen, dass es an vielen Stellen völlig überholt ist und praktisch ständig zum Rechtsbruch einlädt. Es ist ernüchternd, dass sich die Landesregierung auch in diesem Fall vom Protest der Landräte einschüchtern ließ, sich politisch wegduckte und die Reform in der Schublade

verschwinden ließ. Damit brüskierte sie nicht zuletzt die weit über 100 Expertinnen und Experten, die über Monate an Empfehlungen und Lösungsansätzen gearbeitet haben. Der Protest ließ zu Recht nicht auf sich warten: Landauf – landab protestierten Träger, Eltern und Verbände gegen dieses Politikversagen, gingen auf die Straße oder veranstalteten Hearings und Fachtage. Fast alle Kreistage folgten einem Antrag der LINKEN und forderten den Kreis auf, die Reform in Angriff zu nehmen. Aber es half alles nichts. Die Landesregierung hielt an dem Reform-Stopp fest – auf dem Rücken von Kindern, Trägern und Beschäftigten!

Wir brauchen ein neues Kitagesetz – jetzt! Das wird sicher ein Wahlkampfthema. Wir werden uns kräftig einmischen.

**Ich komme jetzt zur Umsetzung BTHG:** Die Arbeiten am Rahmenvertrag SGB IX gestalteten sich ähnlich frustrierend und mühsam. Jahrelang kreisten die Verhandlungen, wurden Berge von Papier beschrieben, unzählige Arbeitsstunden investiert, ohne in der Sache weiterzukommen. Es war die Initiative der Wohlfahrtsverbände, die Ende 2021 in einem mehrstündigen Gespräch mit der Sozialministerin Bewegung in die Sache brachten. Die Ministerin war sichtlich genervt und stellte im Ministerium klar, dass sie Erfolge sehen will. Die Verhandlungen des Rahmenvertrags erhielten höchste Priorität, es entstand ein „Eckpunktepapier“, das klare Ziele setzte. Außerdem wurde für den Fall, dass sich die Verhandlungspartner nicht einigen können, mit der Erarbeitung einer Landesverordnung begonnen. Die Drohung wirkte. Im Frühjahr 2023 kam eine kleine Verhandlungsgruppe zusammen, die quasi im Parforceritt das zu bearbeiten hatte, was jahrelang nicht möglich war. Im Spätsommer stand er schließlich, der Entwurf eines neuen Rahmenvertrages. Nach einigen Nacharbeiten ist er inzwischen „in trockenen Tüchern“. Sicherlich kein großes Werk und weit davon entfernt, behinderten Menschen wirklich mehr Selbstgestaltung des eigenen Lebens zu ermöglichen. Das war seitens der Kostenträger auf keinen Fall gewünscht. Zu groß die Angst, dass jede kleinste Öffnung unkontrollierbare Kosten nach sich ziehen würde. So bleibt auch dieser Rahmenvertrag im besten Falle ein Rahmen, den es auszufüllen gilt. Die Weiterentwicklung der Eingliederungshilfe wird ins Einzelverhandlungsgeschehen, in Schieds- und Sozialgerichtsverfahren verlagert. Dabei werden wir als Verband Träger wie Betroffene unterstützen, um der Behindertenrechtskonvention mehr Geltung zu verschaffen!

### **Und dann gab es auch noch das große Thema Pflegesatzverhandlungen und Pflegepakt:**

Mit unkontrollierbaren Kostenentwicklungen haben auch Träger von Pflegeeinrichtungen zu kämpfen, die monatelang auf eine Vergütungsvereinbarung warten müssen. Fachkräftemangel und fehlende Steuerung bei den Pflegekassen haben zu einer unzumutbaren Situation geführt. Monatelange Wartezeiten und langwierige Verhandlungsprozesse bringen zahlreiche Träger in erhebliche, wirtschaftliche Schwierigkeiten. Nachdem mehrere Gespräche und Briefe an Kassen und das Ministerium als Fachaufsicht keinen Erfolg brachten, gingen die Verbände im Frühjahr an die Öffentlichkeit. In einem Brandbrief forderten sie Politik und Verwaltung auf, einzuschreiten und die Kostenträger in die Pflicht zu nehmen. Nachdem sich das Landesparlament der Sache

annahm kam endlich Bewegung in die Verhandlungen. In einem Spitzengespräch mit der zuständigen Ministerin und dem Landtagsausschuss wurden konkrete Schritte vereinbart, die sich im Wesentlichen an den Vorschlägen der Verbände orientierten. Die bestehenden Arbeitsgruppen erhielten klare Aufträge. Es wurde eine regelmäßige Konsultation der Spitzen von Leistungsanbietern und Kostenträgern vereinbart.

Der Verhandlungsstau ist leider immer noch nicht abgebaut, aber er wird kleiner. Maßgeblich tragen dazu zusätzliche Verhandler bei den Kassen bei, sowie gemeinsam entwickelte Antragsformulare. Auch die belastbaren, pauschalen Fortschreibungen für 2024 tragen zu einer gewissen Entspannung bei. Dennoch bleibt die Lage angespannt. Der Paritätische wird nicht müde, das Thema bei seinen Kontakten in die Regierungsfractionen auf der politischen Agenda zu halten.

In besonderem Maße hilfreich war auch die Veröffentlichung einer Studie zu den Kosten in der ambulanten Pflege, die mit großem Aufwand in Zusammenarbeit mit dem Institut IEGUS durchgeführt wurde. Die Präsentation der Ergebnisse im Frühsommer stieß auf bundesweite Aufmerksamkeit. Den Verbänden ist damit ein neues Referenzsystem an die Hand gegeben, dass auch von Kostenträgerseite aufmerksam gelesen wird.

Neben den Kostensatzverhandlungen ist die Weiterentwicklung des Brandenburger Pflegepaktes ein weiterer Schwerpunkt der Verbandsarbeit. Ob im Landespflegeausschuss, inzwischen unter der Leitung unseres Vorstands Andreas Kaczynski oder beim Brandenburger Pflegefachtag: Der Pflegepakt mit seinen Handlungs- und Fördersäulen ist das wesentliche Instrument zu einem dringend notwendigen Umsteuern in der Pflege, wie es bundesweit in zahlreichen Veröffentlichungen und bei Tagungen gefordert wird. Während woanders noch geredet wird, handelt Brandenburg und das sehr erfolgreich. Rund 80% der Kommunen und fast alle Landkreise nutzen die Fördermöglichkeiten, schaffen neue, niedrigschwellige Hilfen im Alter und bei Pflege, wirken mit beim Ausbau der Pflegestützpunkte und stellen sich den wachsenden Anforderungen an Sozialplanung und Steuerung. Ein Erfolg, der nicht selbstverständlich ist. Der aber auch nicht darüber hinwegtäuschen darf, dass wir erst am Anfang eines langen Weges stehen, der Ausdauer und Umdenken erfordert. Unsere Verantwortung für die pflegerische Versorgung darf deshalb auch nicht an der Eingangstür unserer Wohneinrichtungen oder Tagesstätte enden. Als Akteure im Gemeinwesen sind wir gefordert, um für alle eine menschenwürdige Pflege sicherzustellen. Erforderlich ist mehr Kommunikation, mehr Planung und Koordination als früher. Nur gemeinsam mit allen Kräften wird es gelingen, den befürchteten Pflegekollaps abzuwenden!

Im Jahr 2023 fanden **4 Regionalkonferenzen** statt, die sich der gesellschaftlichen Situation und den Herausforderungen in Bezug auf das kommende Wahljahr 2024 beschäftigt. Haben. Während zu Beginn jeweils eine gemeinsame Analyse der aktuellen Themen, Krisen und Umbrüche stand, haben wir uns im zweiten Teil mit den Wahlforderungen des Paritätischen sowie möglichen gemeinsamen Aktionen im Wahljahr 2024 beschäftigt. Es fand nicht nur ein reger Austausch über die eigenen Erfahrungen mit Politik und Verwaltung statt, vielmehr entstanden auch erste Ideen für lokale Initiativen. Diese werden jetzt in den Kreisgruppen weiter diskutiert. Die Wahlforderungen erhielten an der einen oder anderen Stelle ein Update und werden momentan überarbeitet. Sie sind Grundlage für Gespräche mit den Fraktionsspitzen der demokratischen Parteien, die momentan bereits laufen oder terminiert sind.

Die Positionen fließen auch in den Forderungskatalog der LIGA-Verbände ein, der sich ebenfalls in der Endbearbeitung befindet. Gemeinsam mit den anderen Wohlfahrtsverbänden, landesweiten Initiativen wie dem Toleranten Brandenburg, den Kirchen, den Gewerkschaften und auch den Unternehmerverbänden soll außerdem ein starkes Bündnis für Demokratie geschmiedet werden.



Wir brauchen eine große, gemeinsame Bewegung, wie sie etwa bei der letzten Wahl in Polen entstanden ist. Dann wird es uns auch gelingen, die radikalen Kräfte zurückzudrängen, die unsere freiheitliche Ordnung und unsere Demokratie zerstören wollen!

Ich fordere uns alle auf: Bringen wir uns aktiv in den beginnenden Wahlkampf ein, um die demokratischen Kräfte zu stärken! Stehen wir gemeinsam auf, haken wir uns unter und werden wir laut und unüberhörbar. Gemeinsam können, werden wir das schaffen!